

Deutschland-Check Januar 2011

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check Januar 2011

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Check sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter www.deutschland-check.de online.

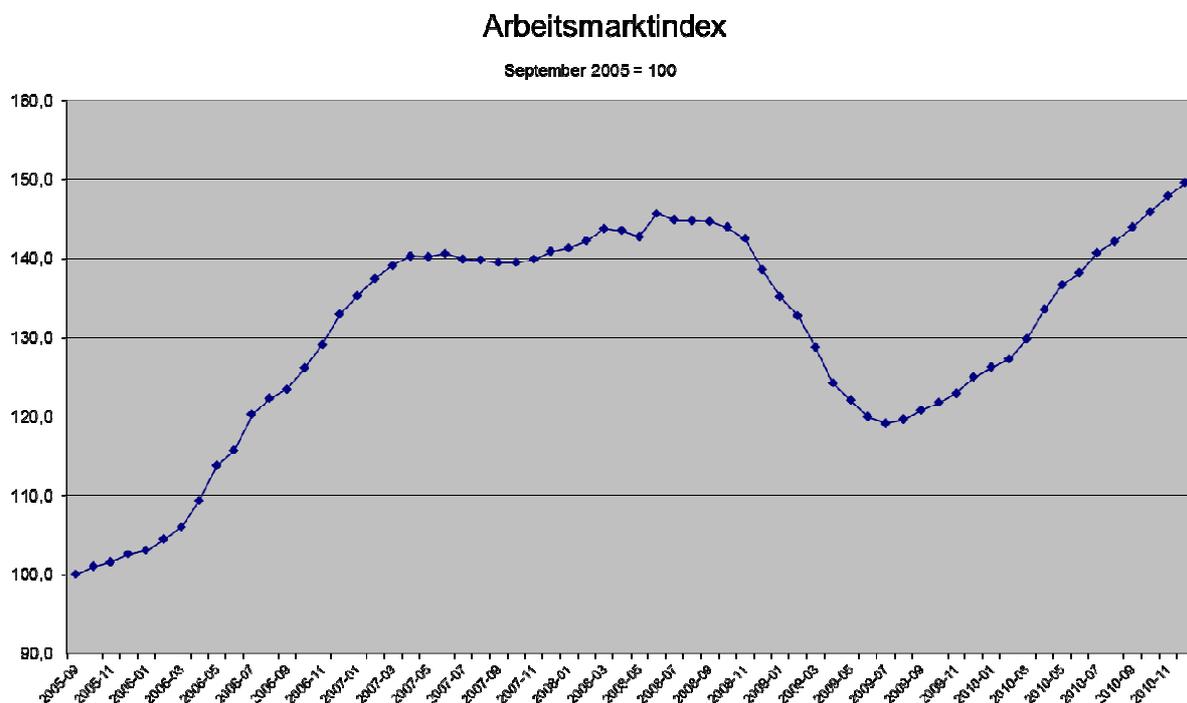
- S.2 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung für Wachstum und Beschäftigung
- S.5 Ein Jahresrückblick 2010
- S.6 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW Köln
- S.9 Die Meinung der Experten
 - Ergebnisse einer Befragung von Wirtschaftswissenschaftlern durch die IW Consult

Das Barometer der Wirtschaft **Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung**

Auch zum Jahresausklang 2010 zeigte sich die wirtschaftliche Entwicklung von ihrer positiven Seite. Die Auftriebskräfte behielten auch im Dezember 2010 die Oberhand – sowohl der Arbeitsmarkt- als auch der Wachstumsindex schlossen das Jahr 2010 nochmals mit einem deutlichen Plus im Dezember ab.

Arbeitsmarktindex zeigt weiter nach oben

Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt erstmals seit 13 Monaten (letztmals im Oktober 2009) wieder leicht um 3.000 gestiegen. Der frühe und starke Wintereinbruch dürfte ein Grund dafür sein. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen befindet sich hingegen mit einem Plus von 10.000 Stellen oder 2,6 Prozent weiter auf Expansionskurs. Hier ist kein Erlahmen der Dynamik erkennbar, was positiv für die weitere Beschäftigungsentwicklung stimmt. Insgesamt kann der Arbeitsmarktindex an die sehr positive Entwicklung der Vormonate anknüpfen und das Tempo mit einem Plus von 1,2 Prozent fast halten.



Wachstum ungetrübt

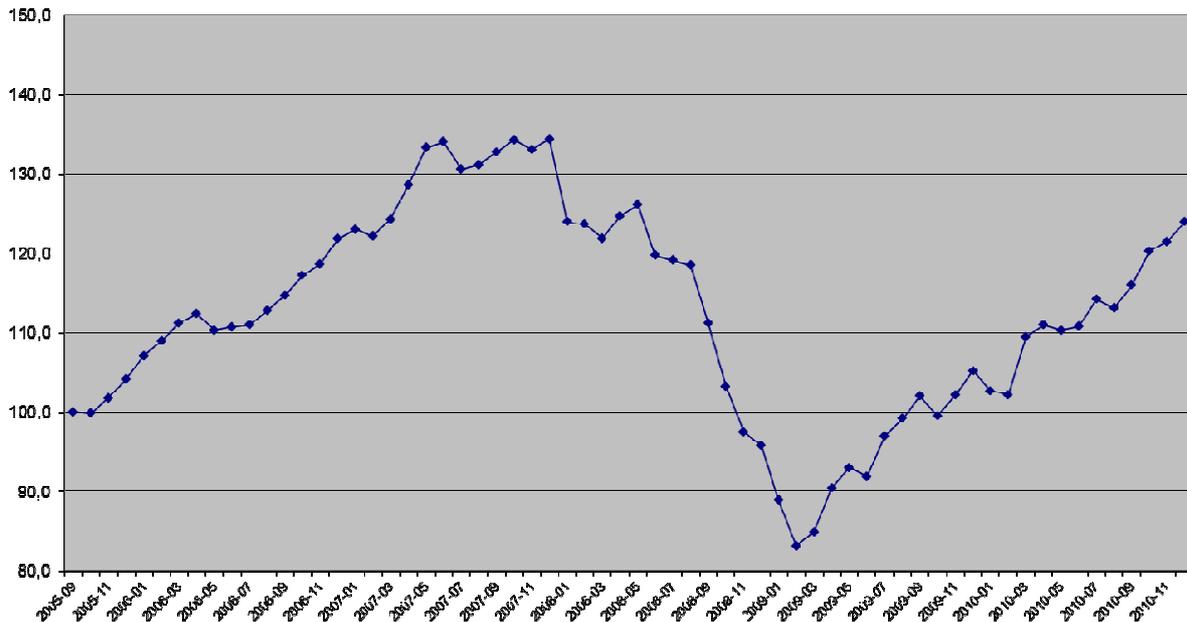
Ausgehend von einem ohnehin schon hohen Niveau verbesserte sich die Lagebeurteilung der gewerblichen Wirtschaft nochmals um 0,5 Prozent.

Der DAX-Performance-Index kletterte im Dezember um 226 Punkte oder beachtliche 3,4 Prozent. Die 7.000-Makre konnte er allerdings 2010 nicht überspringen. Dies bleibt dann wohl das Ziel für 2011.

Nach dem fulminanten Anstieg im Oktober (+3,0 Prozent) legte die Industrieproduktion im November 2010 eine Verschnaufpause ein und ging im 0,6 Prozent zurück. Die gute Stimmung der Unternehmen und die positive Entwicklung bei den Auftragseingängen lassen jedoch erwarten, dass die Industrieproduktion im Dezember wieder mit einem leichten Plus abschließen konnte.

Wachstumsindex

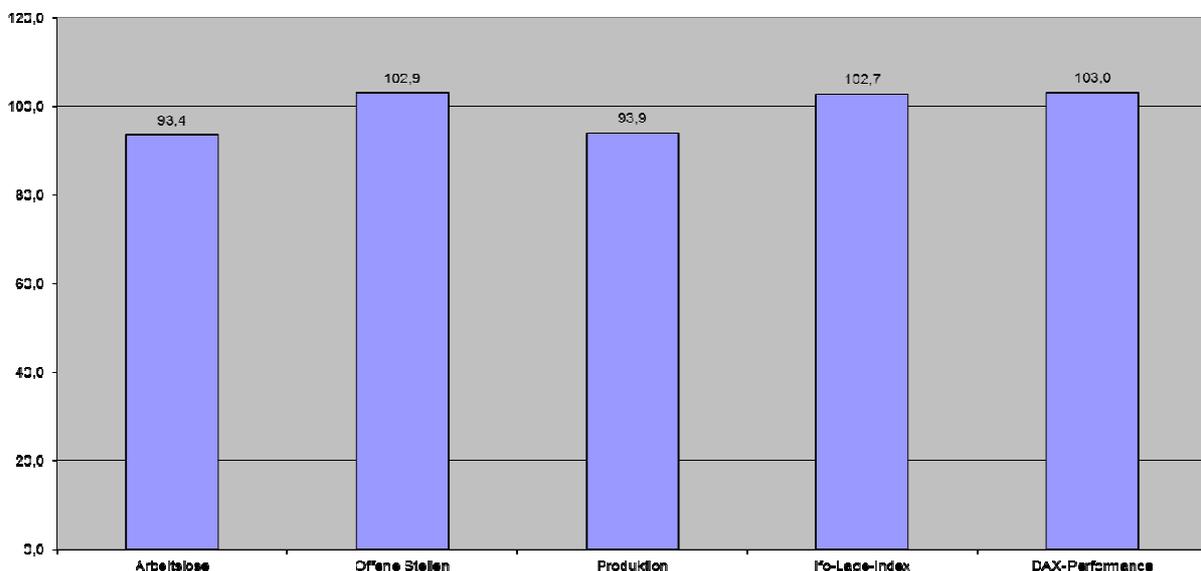
September 2005 = 100



Ein Blick auf die fünf Einzelindikatoren zeigt: Noch rechtzeitig zum Jahreswechsel hat auch der DAX-Performance-Index das Vorkrisenniveau vom 1. Vierteljahr 2008 um 3 Prozent übersprungen. Der Ifo-Lage-Index notiert um 2,7 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosigkeit liegt nun schon deutlich um 6,4 Prozent darunter und die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um fast 3 Prozent höher. Einzig die industrielle Produktion hat noch Aufholbedarf. Vom heutigen Niveau aus benötigt die industrielle Produktion noch einen Zuwachs um 6,5 Prozent, um als letzter Einzelindikator die Vorkrisen-Hürde zu nehmen und den Erholungsprozess damit abzuschließen.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100



Ein Jahresrückblick 2010

Das Jahresende ist ein guter Zeitpunkt für einen Rückblick auf das gesamte abgelaufene Jahr 2010. Es stand ganz im Zeichen der Erholung von der schwersten Nachkriegsrezession. Nach einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 konnte in 2010 mit einem Plus von gut 3,5 Prozent wieder deutlich Boden gut gemacht werden, wenn auch das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht werden konnte. Die vielfach diskutierte Frage, welchen Verlauf die Erholung nehmen würde, konnte das „V“ für sich entscheiden. Weder L noch W konnten ihm dem Rang ablaufen. Auch die im Deutschland-Check verwendeten Indizes zum Arbeitsmarkt und zur wirtschaftlichen Entwicklung spiegeln den Aufholprozess wider:

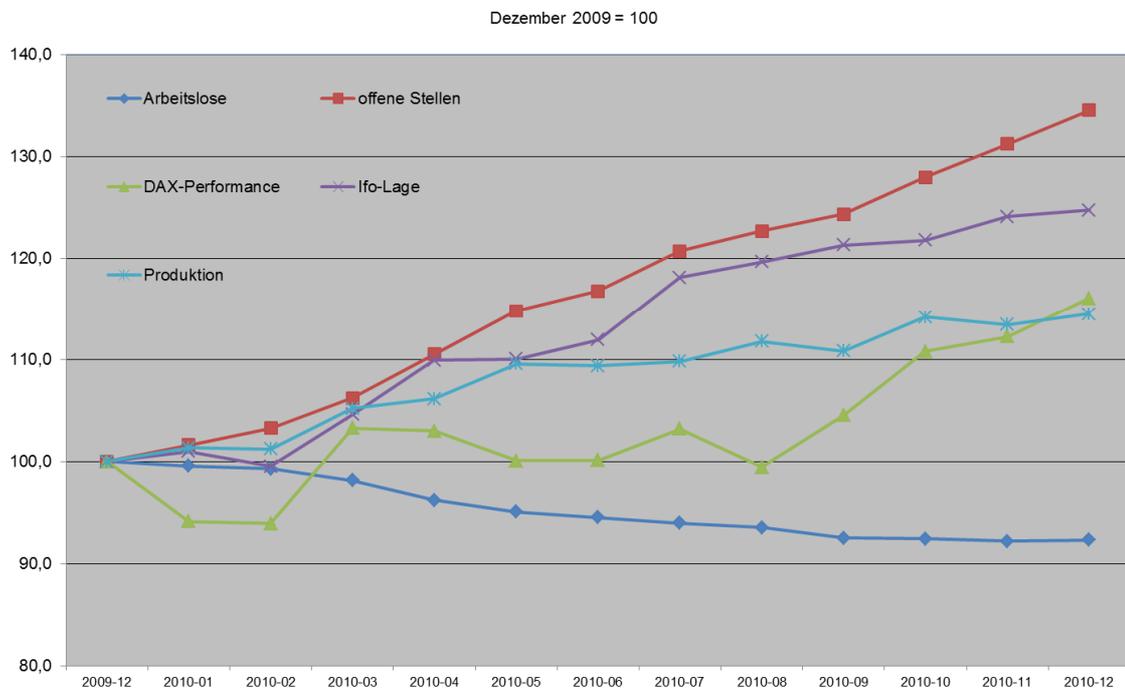
Der Arbeitsmarktindex legte im 12-Monatszeitraum Dezember 2009 bis Dezember 2011 um 19,6 Prozent zu und hat das Vorkrisenniveau (Durchschnitt im 1. Vierteljahr 2008) erfreulicherweise schon seit September 2010 wieder überschritten. Insgesamt liegt dieser Index mittlerweile um 5 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Die Zahl der saisonbereinigten Arbeitslosen ging im Jahresverlauf um 262.000 oder 7,7 Prozent zurück. Die Zahl der ungeforderten offenen Stellen legte in diesem Zeitraum saisonbereinigt um 105.000 oder stolze 34,5 Prozent zu.

Der Wachstumsindex stieg im selben Zeitraum um 17,9 Prozent an. Auch er konnte quasi im Schlusspurt so gerade das Vorkrisenniveau um 0,7 Prozent hinter sich lassen, hat allerdings anders als der Arbeitsmarktindex noch nicht wieder seinen Höchststand vom Mai 2008 erreicht. Zum insgesamt erfreulichen Ergebnis trugen alle drei Teilindikatoren bei. Der DAX-Performance-Index kletterte in den vergangenen 12 Monaten um 957 Punkte – das entspricht einem Zuwachs um 16,1 Prozent. Der Ifo-Lage-Index schloss um 22,4 Punkte oder 24,8 Prozent besser. Die Industrieproduktion legte im Jahresverlauf 2010 saisonbereinigt um 13,9 Index-Punkte zu, was einem Anstieg um 14,5 Prozent entspricht.

Die Perspektiven für das Jahr 2011 sind weiterhin positiv. Alle aktuellen Konjunkturprognosen gehen für 2011 von einem weiteren Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts aus, wenn auch mit geringerer Rate als im Aufholjahr 2010. Die traditionelle Verbandsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bestätigt diese positiven Aussichten. Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahreswechsel 2010/2011 überwiegend in guter Stimmung und blickt optimistisch in die Zukunft. Von den 46 befragten Verbänden erwarten 34 für 2011 eine höhere Produktion als im Vorjahr, fünf gehen zumindest von einem gleich bleibenden Geschäftsergebnis aus. Nur zwei Verbände, die Mineralölverarbeitung und die Schiffbau und Meerestechnik, erwarten für 2011 eine wesentliche Verschlechterung, weitere vier Verbände eine leichte Eintrübung. Erfreulich sind

auch die Aussichten für Investitionen und Beschäftigung: 29 der 46 Wirtschaftsbereiche wollen in 2011 ihre Investitionsbudgets aufstocken, nur zwei wollen sie kürzen; ihren Personalbestand weiter erhöhen wollen 22 Branchen, nur acht Verbände melden für 2011 voraussichtlich sinkende Beschäftigtenzahlen.

Entwicklung der Einzelindikatoren im Jahr 2010



Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW Köln



Steuervereinfachung: Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011

Der Koalitionsausschuss von CDU, CSU und FDP hat sich Anfang Dezember 2010 auf ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung des Steuerrechts und Modernisierung der Besteuerungsverfahren geeinigt. Darauf aufbauend legte das Bundesfinanzministerium noch vor Weihnachten einen Referentenentwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011 vor, das allerdings zum Großteil erst zum 1. Januar 2012 in Kraft treten soll.

Zentrale aufkommenswirksame Maßnahmen sind die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 Euro auf 1.000 Euro, die zukünftige einheitliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben und die Gewährung von Kindergeld bzw. -freibeträgen für volljährige Kinder ohne aufwändige Nachweispflichten im Hinblick auf Einkünfte und Bezüge der Kinder.

Weitere Regelungen betreffen die Vereinfachung von Nachweispflichten u.a. bei der Entfernungspauschale, bei der Besteuerung von Gewinnen aus der Forstwirtschaft und insbesondere bei der elektronischen Kommunikation von Betrieben mit dem Finanzamt, bei der in Zukunft vielfach auch elektronische Nachweise als hinreichend akzeptiert werden. Diese haben keine oder geringe fiskalische Effekte auf das Steueraufkommen, sollen jedoch die Bürokratiekosten insbesondere bei den Steuerpflichtigen, aber auch in der Steuerverwaltung reduzieren. Insgesamt kalkuliert das Bundesfinanzministerium eine Kostenreduktion von über vier Milliarden Euro.

Bewertung durch das IW Köln: 3 von 5 Sternen

Begründung

Das Bestreben der Koalition Steuerregelungen zu vereinfachen und Verfahren zu modernisieren ist begrüßenswert. Mit dem als Referentenentwurf vorliegenden Maßnahmenpaket entschlackt die Koalition tatsächlich eine Reihe von unnötig komplizierten Vorschriften und reduziert aufwändige und teure Nachweispflichten. Dennoch wird im Gesetzesentwurf nur eine überschaubare Anzahl an Baustellen angegangen und diese häufig noch halbherzig.

Die Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags, die die Koalition als zentrale Maßnahme zur Steuererleichterung hervorhebt, kann als solche kaum gelten. Zwar werden etwa eine halbe Million Steuerpflichtige, die bislang Werbungskosten oberhalb von 920 Euro, jedoch unter 1.000 Euro ausgewiesen hatten, diese nicht mehr im Detail nachweisen müssen. Dabei handelt es sich aber lediglich um etwa 1,4 Prozent der steuerpflichtigen Arbeitnehmer. Diejenigen, die aufgrund von Fahrtkosten oder anderen Werbungskosten schon bisher Ausgaben von mehr als 1.000 Euro angegeben haben, gehen bei dieser Maßnahme völlig leer aus. Und das sind immerhin mehr als ein Drittel der steuerpflichtigen Arbeitnehmer.

Sollte die Maßnahme die allgemeine Preisentwicklung seit der letzten Änderung der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer in 2004 nachvollziehen, fällt die Erhöhung eindeutig zu gering aus. Selbst für gutverdienende Arbeitnehmer bleiben weniger als drei

Euro Steuerersparnis pro Monat; bei einem Grenzsteuersatz von 25 Prozent reduziert sich die monatliche Steuererleichterung auf nur noch 1,67 Euro. Vor diesem Hintergrund kann wohl kaum von einer spürbaren Entlastung die Rede sein. Hinzu kommt, dass nicht einmal zwei Drittel der Arbeitnehmer in den Genuss der Steuerersparnis kommen und lediglich eine kleine Minderheit eine tatsächliche Vereinfachung beim Ausfüllen der Steuererklärung erhält. Eine Steuerentlastung über den Tarif wäre die bessere Alternative, denn davon profitieren alle Steuerzahler.

Der Wegfall der Pflicht zur Unterscheidung von beruflich bedingten oder privat veranlassten Kinderbetreuungskosten, von mit dem PKW oder ÖPNV zurückgelegten Fahrten zum Arbeitsort und der Nachweispflichten beim Einkommen kindergeldberechtigter volljähriger Kinder sind sinnvoll und reduzieren den bürokratischen Aufwand - sowohl bei den Steuerpflichtigen als auch im Finanzamt. Die genannten Maßnahmen sind jedoch typisch für das deutsche Einkommensteuerrecht und deshalb exemplarisch für eine Vielzahl weiterer notwendiger Maßnahmen, die in ähnlicher Weise die Handhabung der Einkommensbesteuerung vereinfachen und erleichtern können.

Für Unternehmen sind eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, die wie insbesondere die Erleichterungen bei der elektronischen Rechnungsstellung, deren Aufwand und Kosten tatsächlich senken und Verfahren grundsätzlich vereinfachen können. In der Konsequenz können Unternehmen verstärkt elektronische Rechnungen nutzen und müssen weniger Papier vorhalten und aufbewahren, was weitere Kosteneinsparungen ermöglicht.

Der Referentenentwurf kündigt darüber hinaus die Harmonisierung steuer- und sozialrechtlicher Vorschriften, sowie Vereinfachungen des Unternehmenssteuerrechts an. Diese werden jedoch nicht mit dem entworfenen Jahressteuergesetz in Kraft treten, sondern müssen erst konkretisiert und ausgearbeitet werden.

Die von der Koalition angekündigte große Steuerreform mit umfangreichen Erleichterungen lässt weiter auf sich warten und ist weiterhin nicht abzusehen. Schließlich treten wesentliche Regelungen des geplanten Jahressteuergesetzes 2011 erst zum kommenden Jahreswechsel in Kraft. Der Referentenentwurf beinhaltet zwar eine Reihe sinnvoller und tatsächlich vereinfachender Maßnahmen, kann aber bestenfalls als erster Schritt in die richtige Richtung bewertet werden.

Die Meinung der Experten

Ergebnisse einer Befragung von Wirtschaftswissenschaftlern durch die IW Consult GmbH



Zum 1. Mai 2011 wird in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die 2004 beigetretenen osteuropäischen EU-Länder gelten. Arbeitnehmer aus den acht EU-Beitrittsländern können von diesem Zeitpunkt an ohne Beschränkung in Deutschland ihre Dienstleistungen erbringen. Mögliche Auswirkungen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit werden in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Darüber hinaus wird vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in Deutschland darüber debattiert, ob die Zuwanderung für Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland systematisiert und erleichtert werden sollte. In der zweiten Dezemberhälfte 2010 haben 84 Ökonomen – Professoren für Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten – im Rahmen einer kurzen Expertenbefragung Einschätzungen zu diesen Themenbereichen aus ihrer Perspektive abgegeben.

Freizügigkeit fördert Zuwanderung

Zunächst sind die Experten gefragt worden, wie sich die Zuwanderung aus den acht EU-Beitrittsländern aufgrund der kommenden Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2011 entwickeln wird. Die Professoren erwarten mehrheitlich (69 Prozent), dass die Zuwanderung osteuropäischer Arbeitskräfte ab Mai lediglich etwas steigen wird.

Tabelle 1: Entwicklung der Zuwanderung aus den acht EU-Beitrittsländern in 2011
Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Sehr deutlich steigen	2	2,4
Deutlich steigen	22	26,2
Etwas steigen	58	69,0
Überhaupt nicht steigen	0	0,0
Weiß nicht	2	2,4
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Demgegenüber gehen knapp drei von zehn Ökonomen davon aus, dass der Zuzug von Menschen aus den acht EU-Beitrittsländern deutlich (26 Prozent) oder sogar sehr deutlich

(2 Prozent) zunehmen wird. Kein Experte prognostiziert, dass die Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern aufgrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit überhaupt nicht steigen wird.

Schwerpunktmäßig wird die Zuwanderung von Geringqualifizierten erwartet

In einem zweiten Schritt sind verschiedene Qualifikationsgruppen betrachtet worden. Die Professoren erwarten, dass am häufigsten Geringqualifizierte den freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt nutzen werden. Die Zuwanderung von Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung und von Akademikern wird hingegen mehrheitlich als tendenziell gering eingestuft.

Tabelle 2: Zuwanderung von Arbeitskräften verschiedener Qualifikationsgruppen aufgrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2011

Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Akademiker		Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung		Geringqualifizierte	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ja, in hohem Maße	3	3,6	2	2,4	11	13,1
Ja, in eher hohem Maße	13	15,5	23	27,4	29	34,5
Ja, in eher geringem Maße	33	39,3	37	44,0	26	31,0
Ja, in geringem Maße	20	23,8	14	16,7	14	16,7
Nein	13	15,5	6	7,1	1	1,2
Weiß nicht	2	2,4	2	2,4	3	3,6
Gesamt	84	100,0	84	100,0	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Mehrheitlich positive Auswirkungen auf die Rekrutierung von Fachkräften erwartet

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist von Interesse, ob die kommende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit Chancen bietet, qualifizierte Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern zu gewinnen. Das Expertenurteil fällt hierzu überwiegend optimistisch aus.

Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Professoren denkt, dass in hohem oder eher hohem Maße Geringqualifizierte im Zuge der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen werden. Andererseits geht ebenfalls fast die Hälfte (48 Prozent) der Ökonomen davon aus, dass eher wenige oder wenige Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Ausbildung zuwandern werden. Lediglich ein Experte rechnet damit, dass keine Geringqualifizierten den freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt nutzen werden.

Drei von zehn Ökonomen erwarten, dass ab Mai in hohem (2 Prozent) oder eher hohem Maße (27 Prozent) Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung nach Deutschland kommen werden. Demgegenüber rechnen drei Fünftel der Experten damit, dass die Zuwanderung von Fachkräften eher gering (44 Prozent) oder gering (17 Prozent) ausfallen wird. Sechs Experten glauben, dass Deutschland im Zuge der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit keine zusätzlichen Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung gewinnen kann.

Die Zuwanderung von Akademikern wird insgesamt am niedrigsten eingestuft. Knapp ein Fünftel der Experten glaubt, dass zumindest in eher hohem Maße Hochqualifizierte aus den EU-Beitrittsländern in diesem Jahr nach Deutschland kommen werden. Dagegen erwarten zwei Fünftel der Ökonomen eine eher geringe Zuwanderung von Akademikern, weitere 24 Prozent einen geringen Zuzug. Zudem gehen knapp 16 Prozent der Experten davon aus, dass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit keine weiteren Akademiker dazu veranlassen wird, in der Bundesrepublik zu arbeiten und zu leben.

Tabelle 3: Positive Auswirkungen auf die Rekrutierung von Fachkräften erwartet

Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Ja	58	69,0
Nein	22	26,2
Weiß nicht	4	4,8
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Fast sieben von zehn Ökonomen rechnen damit, dass sich der freie Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für osteuropäische Bürger hierzulande positiv auf die Rekrutierung von Fachkräften auswirken wird.

Demgegenüber denken 26 Prozent der Experten, dass durch die Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit keine Fachkräfte gewonnen werden können.

Fünf Prozent der Befragten geben zu diesem Punkt kein Urteil ab.

Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften

Ergänzend wurden die Experten gefragt, ob konkrete Maßnahmen ergriffen werden sollten, damit im Zuge der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Osteuropäer hierzulande mehr Fachkräfte gewonnen werden können. Insgesamt haben rund 30 von 84 Ökonomen diesen Punkt bejaht und Empfehlungen zur Gewinnung von Fachkräften formuliert. In den Ausführungen der Professoren werden schwerpunktmäßig Maßnahmen aus folgenden Bereichen genannt:

- Eine schnellere und/oder transparentere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Beispielsweise Englisch als Sprache in Behörden etablieren.
- Schaffung gezielter Anwerbemöglichkeiten von Fachkräften.
- Gezielte Rekrutierung von Hochschulabsolventen aus diesen Ländern. Animierung von ausländischen Studierenden, an deutschen Hochschulen zu studieren.
- Verbesserte Eingliederung der gesamten Familie von ausländischen Fachkräften.

Positive Folgen für die deutsche Wirtschaft prognostiziert

Die große Mehrheit (89 Prozent) der Ökonomen gibt an, dass sich die Öffnung des Arbeitsmarktes grundsätzlich positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirken wird.

Knapp ein Viertel der Experten erwartet eindeutig positive Folgen für die inländische Wirtschaft. Darüber hinaus rechnen zwei Drittel der Ökonomen tendenziell damit, dass die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit der deutschen Wirtschaft helfen wird.

Lediglich fünf Prozent der Professoren glauben, dass sich die Aufhebung der Grenzen für osteuropäische Arbeitnehmer in Deutschland insgesamt eher negativ auswirken wird.

Kein Experte denkt, dass mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit eindeutig negative Folgen für die deutsche Wirtschaft verbunden sind.

Sechs Prozent der Experten trauen sich zu dieser Fragestellung keine Einschätzung zu.

Tabelle 4: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft insgesamt
Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Positiv	20	23,8
Eher positiv	55	65,5
Eher negativ	4	4,8
Negativ	0	0,0
Weiß nicht	5	6,0
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Einführung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche eher skeptisch gesehen

Um zu verhindern, dass durch die vollständige Öffnung des deutschen Binnenmarktes für osteuropäische Arbeitskräfte ausländische Zeitarbeitsfirmen deutsche Tarifstandards unterbieten, wird die Einführung eines Mindestlohns in der Zeitarbeit diskutiert. Die Experten stehen diesem Vorhaben eher zurückhaltend gegenüber. Knapp ein Drittel der Ökonomen spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass vor dem Hintergrund der kommenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ein Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche eingeführt werden sollte.

Tabelle 5: Befürwortung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche
Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Ja	9	10,7
Eher ja	17	20,2
Eher nein	24	28,6
Nein	33	39,3
Weiß nicht	1	1,2
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Elf Prozent der Professoren begrüßen eindeutig die Schaffung einer Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit, ein weiteres Fünftel der Experten begrüßt dies eher.

Demgegenüber befürworten gut zwei Drittel der Ökonomen die Einführung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche eher nicht (29 Prozent) oder nicht (39 Prozent).

Erleichterungen für den Zuzug von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland erwünscht

Im zweiten Teil der Befragung ist vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen das Thema Zuwanderung aus dem Nicht-EU-Ausland aufgegriffen worden. Zunächst sind die Experten in diesem Zusammenhang gefragt worden, ob die Zuwanderung für Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der EU erleichtert werden sollte. Fast drei Viertel der Ökonomen befürworten, dass es zukünftig für ausländische Fachkräfte einfacher wird in Deutschland zu arbeiten und zu leben

Darüber hinaus begrüßen knapp 16 Prozent der Professoren eine erleichterte Zuwanderung für Arbeitskräfte aller Qualifikationsgruppen.

Lediglich knapp ein Zehntel der Experten erachtet eine Erleichterung der Zuwanderung für Arbeitskräfte aus dem Nicht-EU-Ausland nicht als sinnvoll.

Tabelle 6: Befürwortung einer erleichterten Zuwanderung für Arbeitskräfte aus dem Nicht-EU-Ausland

Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Ja, für Fachkräfte	62	73,8
Ja, für alle Qualifikationsgruppen	13	15,5
Nein	8	9,5
Weiß nicht	1	1,2
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Im Oktober 2010 haben rund 750 Unternehmen im Rahmen des Deutschland-Checks diese Frage beantwortet. Im Vergleich zu den Unternehmen befürworten die Experten noch etwas deutlicher, dass der Zuzug von Arbeitskräften aus Drittstaaten vereinfacht werden sollte: Eine erleichterte Zuwanderung für Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland begrüßen 57 Prozent der Unternehmen. Daneben befürworten rund 18 Prozent der Unternehmen Erleichterungen für Arbeitskräfte aller Qualifikationsgruppen. Ein Viertel der Unternehmen steht einer erleichterten Zuwanderung hingegen skeptisch gegenüber.

Absenkung der Mindestverdienstgrenze für Zuwanderer mehrheitlich befürwortet

Momentan muss ein Hochqualifizierter, damit er sich dauerhaft in Deutschland niederlassen kann, in der Regel ein Jahresgehalt von 66.000 Euro aufweisen. Über eine Absenkung dieser Einkommensgrenze wird derzeit diskutiert. Die Professoren erachten dieses Vorhaben mehrheitlich als sinnvoll (Tabelle 7):

Dass die Mindestverdienstgrenze von 66.000 Euro für alle Berufsgruppen abgesenkt wird, befürworten 57 Prozent der Experten.

Zudem spricht sich ein gutes Drittel der Ökonomen dafür aus, dass die Einkommensgrenze für einzelne Berufe mit Fachkräftemangel, gesenkt wird.

Lediglich acht Prozent der Professoren sind der Ansicht, dass die Mindestverdienstgrenze für Zuwanderer aus dem Nicht-EU-Ausland bei 66.000 Euro belassen werden sollte.

Tabelle 7: Befürwortung einer Absenkung der Einkommensgrenze für Zuwanderer

Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Ja, für alle Berufe	48	57,1
Ja, für einzelne Berufe mit Fachkräftemangel	29	34,5
Nein	7	8,3
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Die Experten, die eine Absenkung der Mindestverdienstgrenze befürworten, sind zudem gefragt worden, welches Jahresgehalt sie dabei als angemessen ansehen. Im Rahmen der laufenden Debatte ist unter anderem eine Absenkung auf 40.000 Euro im Gespräch. Zu gleichen Anteilen von jeweils ungefähr einem Drittel der befragten Ökonomen wird dieses Jahresgehalt von 40.000 Euro entweder unter- oder überboten. In Tabelle 8 sind die von den Professoren vorgeschlagenen Einkommensgrenzen abgebildet:

Insgesamt sprechen sich fünf Experten dafür aus, die Mindestverdienstgrenze für Zuwanderer aus dem Nicht-EU-Ausland ganz abzuschaffen.

Ein gutes Viertel der Ökonomen sieht eine Einkommensgrenze von weniger als 40.000 Euro als angemessen an, damit sich ein Nicht-EU-Ausländer dauerhaft in Deutschland niederlassen darf. Das geringste vorgeschlagene Jahreseinkommen beträgt dabei 15.000 Euro.

Ein Fünftel der Professoren plädiert für eine Einkommensgrenze von exakt 40.000 Euro, zwei weitere Experten nennen ein Jahresgehalt zwischen 40.000 Euro und 45.000 Euro. Zwölf Prozent der Experten sehen eine Mindestverdienstgrenze von 45.000 Euro bis unter 50.000 Euro als angemessen an. Darüber hinaus spricht sich knapp ein Fünftel der Ökonomen für eine Einkommensgrenze von 50.000 Euro bis 52.000 Euro aus. Immerhin elf Experten möchten keine konkrete Einkommensgrenze nennen.

Tabelle 8: Als angemessen bewertete Mindestverdienstgrenze

Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Keine Einkommensgrenze	5	6,5
15.000 Euro bis unter 40.000 Euro	20	26,0
40.000 Euro bis unter 45.000 Euro	17	22,1
<i>Darunter 40.000 Euro</i>	<i>15</i>	<i>19,5</i>
45.000 Euro bis unter 50.000 Euro	9	11,7
50.000 Euro bis 52.000 Euro	15	19,5
Keine Angabe	11	14,3
Gesamt	77	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 77 von 84 Experten

Breite Zustimmung zur Einführung eines Punktesystems

Für eine gezielte Steuerung der Zuwanderung von Fachkräften ist die Einführung eines Punktesystems im Gespräch, wie es Einwanderungsländer wie beispielsweise Kanada oder Australien seit Jahren nutzen. Dabei werden Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter nach einem festgelegten Katalog bewertet. Die Experten stehen der Einführung eines Punktesystems insgesamt sehr positiv gegenüber (Tabelle 9):

Die überwiegende Mehrheit (85 Prozent) der Ökonomen befürwortet, dass in Deutschland ein Punktesystem zur Zuwanderungssteuerung nach dem Vorbild Kanadas oder Australiens eingeführt werden sollte.

Nur acht Prozent der Experten halten die Einführung eines Punktesystems nicht für sinnvoll. Immerhin sieben Prozent der Ökonomen können zu diesem Punkt kein eindeutiges Urteil fällen.

Tabelle 9: Befürwortung eines Punktesystems zur Zuwanderungssteuerung
Absolute Anzahl und Angabe in Prozent der Experten

	Anzahl	Prozent
Ja	71	84,5
Nein	7	8,3
Weiß nicht	6	7,1
Gesamt	84	100,0

Quelle: IW-Expertenvotum, Ende Dezember 2010, 84 Experten

Das IW-Expertenvotum

Das IW-Expertenvotum befragt vier Mal im Jahr Ökonomen als Experten zu aktuellen politischen Vorgängen. Angeschrieben werden hierfür 275 Professoren für Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten. Konzipiert wird die Kurzbefragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Diese Befragungsrunde konzentrierte sich mit zehn Fragen auf Einschätzungen zur kommenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit und zur Zuwanderung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland. Die Experten wurden zwischen dem 14. Dezember 2010 und 03. Januar 2011 online befragt. Teilgenommen haben an der Befragung insgesamt 84 Ökonomen.